

Zu Frage 1:

- Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Ausstattung der HIV- und STI-Prävention ein.

Zu Frage 2:

- Alle drei Fragen beantworten wir mit ja. Wir fordern nicht nur das Ende diskriminierender Praktiken ein.

Zu Frage 3:

- Wir fordern:
 - o Den Ausbau niedrigschwelliger Programme zur Suchtprävention.
 - o Flächendeckende Therapieangebote für Suchtmittel konsumierende Menschen.
 - o Die sofortige Entkriminalisierung und Legalisierung von Cannabis und die Abgabe in lizenzierten Shops als Bundesratsinitiative.
 - o Die sofortige und drastische Anhebung der Bagatellgrenze für die Strafverfolgung durch Landesregelungen, bis die Entkriminalisierung von Cannabis auf Bundesebene erreicht wird.
- Zur Schadensminimierung:
 - o Die Abwendung von Schaden für drogenkonsumierende Menschen steht im Vordergrund und entsprechenden Maßnahmen müssen entkriminalisiert oder entdämonisiert werden. Wir setzen uns für eine verständnisvolle und entkriminalisierende Drogen- und Gesundheitspolitik ein.

Zu Frage 4:

- Wir wollen einen Strafvollzug, der resozialisiert und einen nachhaltigen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung leistet. Wir wollen die sozialen Ursachen von Kriminalität aufheben. Während des Strafvollzugs sollen die Menschen eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung erhalten. Als Landtagsfraktion werden wir gemeinsam mit Bündnispartner*innen wie der Aidshilfe Anfragen und Anträge zur Verbesserung der Situation stellen und gemeinsam Strategien entwickeln und umsetzen.
- Wir werden uns für eine bedarfsgerechte Vergabe als Teil einer entkriminalisierenden Drogenpolitik von Konsumutensilien im Strafvollzug einsetzen.

Zu Frage 5:

- Gesellschaftliche Machtverhältnisse schlagen sich auch in der Sexarbeit nieder. In der LINKEN werden unterschiedliche Wege diskutiert, mit Prostitution politisch umzugehen. Einig sind wir uns darin, dass wir die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Sexarbeiter*innen ablehnen. Gestärkt werden müssen die Selbstorganisation, freiwillige Beratungs-, Umschulungs- und Fortbildungsangebote, eine angemessene Gesundheitsversorgung sowie die sozialen Rechte von Sexarbeiter*innen insgesamt, die auch als Selbständige vielen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Der Ausbau freiwilliger Beratungsstellen muss selbstverständlich die angemessene Finanzierung einschließen. Wir fordern einen Anspruch auf Sozialleistungen und sozialversicherte Beschäftigung, die Einbeziehung in eine Solidarische

Erwerbstätigenversicherung, auf Umschulung, Weiterbildung und Fortbildung sowie freien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und das Recht, sich selbst zu organisieren.

Zu Frage 6:

- Wir werden uns für eine Landeskoordination in diesem Sinne einsetzen.

Zu Frage 7:

- Wir fordern:
 - Unabhängige Asylverfahrensberatung in allen Aufnahmezentren und Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE), wobei die Orientierung über die Abläufe und eine unabhängige Beratung vor Beginn des Asylverfahrens sichergestellt werden.
 - Gut ausgestattete Sozialdienste sowie die Gewährleistung medizinischer Versorgung und psychologischer Beratung in den Aufnahmezentren (AZ) und Erstaufnahmeeinrichtungen.
 - Gesonderte Beratungskurse für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen und Mädchen, in allen Regionen in dem Wissen, dass Frauen und Mädchen vielfach Opfer von Vertreibungen sind.
 - Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass Initiativen, die Menschen unabhängig von Aufenthaltsstatus und Krankenversicherung sowohl finanziell als auch ideelle unterstützt werden.

Zu Frage 8:

- Wir werden Einsendetest unterstützen.

Zu Frage 9:

- DIE LINKE. Niedersachsen lehnt das niedersächsische Krankenhausgesetz ab. Durch diese Reform droht bis zu 40 Krankenhäusern die Schließung und ein Abbau medizinischer Versorgung vor allem in ländlichen Regionen. Die Wege werden dadurch immer länger. Wir setzen uns für eine bedarfs- und gemeinwohlorientierte Planung im Gesundheitssystem ein.
- Wir fordern unter anderem:
 - Die Einrichtung kommunaler Versorgungszentren bzw. Polikliniken.
 - Die Einführung mobiler Arztpraxen.
 - Ein Förderprogramm für Hausarztpraxen im ländlichen Raum.
 - Den Einsatz von speziell geschulten Fachkräften („Gemeindeschwestern“).
 - Die Einführung von barrierefreien Shuttle-Services zu Arztpraxen und Apotheken.

Zu Frage 10:

- Wir wollen die Anzahl der Ärzt*innen, die PrEP verschreiben dürfen ausweiten, so dass eine flächendeckend Versorgung gewährleistet wird.

Zu Frage 11:

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Ausbildungsgängen die ins Gesundheitswesen und den öffentlichen Dienst führen, Umgang mit Diskriminierungsformen Teil der Ausbildung werden. Wir werden uns auch für die konsequente Nutzung geschlechtsneutraler Sprache einsetzen. Wir fordern die Aufnahme des Verbots der Diskriminierung wegen sexueller Identität in die Landesverfassung. Damit dies wirksam wird, braucht es auch eine aufklärende Kampagne.
- Wir unterstützen das Selbstbestimmungsgesetz auf Bundesebene.

Zu Frage 12:

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Aufklärung zur sexuellen Gesundheit und Selbstbestimmung in die Lehrpläne integriert und methodisch aufgearbeitet werden. Solche Maßnahmen müssen auch wissenschaftlich begleitet werden. Zudem möchten wir die Schulsozialarbeit stärken. Schulsozialarbeiter*innen sollen diese Aufklärungsarbeit mit übernehmen. Da Schulen aber nie hundertprozentige Intimität und Vertrauen schaffen können, sind Maßnahmen im digitalen Bereich und in den Anlaufstellen der Kinder- und Jugendarbeit notwendig.